

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Ausgabe vom 23.12.2017

Junge Welt

26.12.2017

Weiter täglich Angriffe auf Geflüchtete

Bundeskriminalamt: Zahl der Attacken auf Unterkünfte ist zurückgegangen



Brandschäden an einer Unterkunft für Geflüchtete in Berlin-Buch, davor ein Plakat der neofaschistischen NPD (August 2016). Wie bei der Mehrheit der fremdenfeindlichen Attacken wurden auch hier keine Tatverdächtigen ermittelt

Foto: Jörg Carstensen/dpa

In diesem Jahr sind erheblich weniger Geflüchtete nach Deutschland gekommen als 2015 und 2016, viele Notunterkünfte sind deshalb inzwischen geschlossen worden. Entsprechend ist auch die Zahl der Angriffe auf Heime zurückgegangen, in denen sie

untergebracht sind. Wie das Bundeskriminalamt (BKA) mitteilte, wurden bis zum 18. Dezember 264 entsprechende Straftaten gezählt, fast alle (251) nachweislich von Rechten begangen. Damit hat sich die Zahl der Attacken auf rund ein Viertel der Vorjahre verringert, in denen jeweils rund 1.000 solcher Vorfälle gezählt worden waren. Über die aktuellen Daten des BKA hatte am Freitag zuerst die *Frankfurter Rundschau* berichtet. Registriert wurden 84 Propagandadelikte, 65 Sachbeschädigungen und 39 Gewalttaten. Bei lediglich 54 Delikten konnten Tatverdächtige ermittelt werden, insgesamt 84 Personen.

Die Linke-Bundestagsabgeordnete Petra Pau nannte den Rückgang der Gewalt gegen Flüchtlingsheime erfreulich. Sie verwies aber zugleich auf eine Zunahme von Angriffen auf Asylsuchende außerhalb der Unterkünfte. Allein in den ersten drei Monaten seien 318 Menschen angegriffen und 54 verletzt worden, erklärte sie in Berlin. Im dritten Quartal seien 425 Angriffe und 76 Verletzte gezählt worden. Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) sagte am Freitag in Berlin: »Das Ausmaß an Fremdenfeindlichkeit bleibt beschämend für unser Land. Die Täter müssen konsequent zur Rechenschaft gezogen werden.« (dpa/AFP/jW)